

Studie: Deutsches Geld für Kriege im Nahen und Mittleren Osten

- **Großbanken unterstützen laut neuer Recherche Rüstungsfirmen, die in aktuelle Kriegsgebiete wie den Jemen exportieren**
- **Auch Vermögensverwalter wie DWS und Deka profitieren massiv**
- **Richtlinien der Finanzbranche schließen solche Rüstungsfirmen nicht aus**

(Berlin, 18.7.2018) Offenbar unbeeindruckt von Tod, Flucht und Vertreibung in aktuellen Kriegsgebieten, haben deutsche Banken und Investoren in den vergangenen drei Jahren hohe Geldsummen in Rüstungskonzerne gepumpt, die den Nahen und Mittleren Osten massiv aufrüsten und insbesondere den Krieg im Jemen befeuern.

Zu diesem Ergebnis kommt die heute veröffentlichte Studie „Dirty Profits - Unser Geld für Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete“ der Menschenrechtsorganisationen **Facing Finance** und **urgewald**. 10 von 17 untersuchten deutschen Banken sowie alle 4 untersuchten deutschen Vermögensverwalter sind an Rüstungsexporteurern beteiligt, die Länder beliefern, die gegen den Jemen Krieg führen.

Die untersuchten Banken unterstützten die Rüstungsfirmen im Zeitraum 2015 - 2017 mit über 9 Mrd. Euro in Form von Krediten und ausgegebenen Anleihen. Zu den größten Finanziers zählen die UniCredit Group/HypoVereinsbank und die Deutsche Bank mit Finanzbeziehungen zu 7 bzw. 8 der 10 untersuchten Firmen, gefolgt von der Commerzbank und der BayernLB mit je 5 Rüstungskunden. Zu den geförderten Unternehmen zählen ThyssenKrupp mit U-Boot-Lieferungen nach Ägypten oder der deutsche Rüstungs-„Exportweltmeister“ Rheinmetall mit Exporten an gleich 5 der Staaten, die Krieg im Jemen führen, z.B. Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch die US-Unternehmen Lockheed Martin, Boeing und Raytheon, die zu den Hauptlieferanten der Golf-Allianz gehören, bekamen Gelder von deutschen Finanzhäusern. Heraus sticht ein 750-Mio-Euro-Kredit der Unicredit Group, zu der die HypoVereinsbank zählt, für Lockheed Martin. Dieses Unternehmen liefert seine Rüstungsgüter gleich an 7 der 8 Mitglieder der Golf-Allianz.

„Gerade konventionelle deutsche Banken haben offensichtlich seit Jahren und trotz der bekannten katastrophalen humanitären Lage im Jemen kein Problem damit, Rüstungsfirmen zu finanzieren, die den dortigen Krieg kontinuierlich mit Waffenlieferungen befeuern“, kritisiert Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance. Unter den untersuchten konventionellen Banken schließt lediglich die Deka Bank aktuell die Finanzierung von Rüstungsunternehmen kategorisch aus, neben sechs untersuchten Kirchen- und Alternativbanken.

Auch durch Aktieninvestitionen profitieren deutsche Finanzhäuser von solchen Geschäften - obwohl Kund*innen diese laut Umfragen klar ablehnen. DWS, die Investment-Tochter der Deutschen Bank (ehem. Deutsche Asset Management), hielt zum untersuchten Stichtag Anteile im Wert von über 3,4 Mrd. Euro an allen untersuchten Rüstungsexporteurern. Auch der Sparkassen-Fondsanbieter Deka Investment (fast 670 Mio. Euro), die Allianz (fast 600 Mio. Euro) und die Volksbanken-Fondsgesellschaft Union Investment (470 Mio. Euro) halten Aktien an der Mehrzahl der untersuchten Rüstungsexporteurern. Die Studie zeigt außerdem,

dass einige der beliebtesten Publikumsfonds in Deutschland heute sogar in deutlich mehr Rüstungsfirmen investieren als noch vor drei Jahren.

Barbara Happe, Rüstungsfinanzexpertin bei urgewald, kommentiert: „Die großen deutschen Fondsgesellschaften wollen trotz der öffentlichen Debatten offenbar weiterhin von steigenden Aktienkursen der Rüstungsbranche profitieren. Leider schließen auch die Fondsgesellschaften von Sparkassen und Volksbanken Geschäfte mit dem Krieg nicht aus. Die Kehrseite dieses vermeintlichen ‚Renditewunders‘ ist eine stetig steigende Zahl von Toten und Verletzten in den Kriegs- und Krisenregionen dieser Welt“.

urgewald und Facing Finance fordern von den Finanzdienstleistern klare und transparente Ausschlusskriterien für die Finanzierung von und Investitionen in Rüstungsunternehmen, die in Krisen- und Kriegsregionen oder an menschenrechtsverletzende Regime liefern.

Die Studie steht zum Download bereit unter:

<http://www.urgewald.de/> & www.facing-finance.org

Kontakte:

Barbara Happe, Rüstungsfinanzexpertin urgewald: 0172 68 144 74, barbara@urgewald.org

Thomas Küchenmeister, Geschäftsführender Vorstand Facing Finance: 0175 4964 082, kuechenmeister@facing-finance.org